



PRESSENOTIZ

10.02.2015

Bundesbank hat letzte Zahlung aus dem deutschen Lehman-Insolvenzverfahren erhalten

Die Deutsche Bundesbank hat im Januar 2015 eine letzte Abschlagszahlung aus dem Insolvenzverfahren der Lehman Brothers Bankhaus AG (LBB) erhalten. Nach der Verwertung der geldpolitischen Sicherheiten war eine Restforderung von rund 1,9 Mrd Euro geblieben. Diese ist nun durch Zahlungen aus der Insolvenzmasse der LBB und Zahlungen aus der Insolvenzmasse der Konzernmuttergesellschaft in den USA in voller Höhe beglichen.

"Wir haben am Ende eines sechseinhalbjährigen Verwertungs- und Insolvenzprozesses nicht nur unsere Ausgangsforderung über rund 8,5 Mrd Euro erhalten", sagt Dr. Joachim Nagel, im Vorstand der Deutschen Bundesbank für den Bereich Märkte verantwortlich. "Auch nach den hinzugekommenen Zinsforderungen und Verfahrenskosten von rund 0,8 Mrd Euro kann nun eine schwarze Null festgestellt werden."

Dieses Ergebnis war im Jahr 2008 kaum zu erwarten. Die Bundesbank hatte vor allem hochkomplexe Anlageprodukte wie Asset Backed Securities (ABS) zu verwerten. Der Markt für derartige Wertpapiere war zu dieser Zeit praktisch zusammengebrochen und im Eurosystem hatte man keine Erfahrungen mit der Verwertung von Sicherheiten dieser Art. Daher bilanziert Nagel: "Wir haben gezeigt, dass wir eine solche Herausforderung operativ stemmen können. Unterstützend für das positive Ergebnis wirkte dabei eine günstigere als die anfänglich absehbare Marktentwicklung."

Details und Hintergründe

Der Lehman-Konzern wickelte seine geldpolitischen Geschäfte mit dem Eurosystem bis zur Insolvenz im Herbst 2008 über seine deutsche Tochter Lehman Brothers Bankhaus AG (LBB) ab. Am 15. September 2008 erließ die BaFin ein Moratorium über die LBB. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich deren Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften gegenüber der Deutschen Bundesbank auf rund 8,5 Mrd Euro.

Die LBB hatte dem Eurosystem damals vor allem komplexe Asset Backed Securities (ABS) verpfändet, um die geldpolitischen Refinanzierungsgeschäfte zu besichern. Diese ABS erfüllten die damaligen Bedingungen des Eurosystems für die Annahme als geldpolitische Sicherheit. Die Bundesbank hat diese Wertpapiere nicht gezielt erworben, sie sind ihr aus geldpolitischen Geschäften des Eurosystems zur Verwertung zugefallen. Die Bundesbank hatte diese Wertpapiere nach der Insolvenz von LBB zunächst aus der Insolvenzmasse abgesondert und nach eigener Strategie verwertet.

Aufgrund der Komplexität der Wertpapiere hat ihre Verwertung mehr als vier Jahre in Anspruch genommen. Durch Verkäufe sowie durch Zins- und Tilgungseinnahmen konnte die Bundesbank bis Ende 2012 rund 7,4 Mrd Euro Erlösen. Von der Ausgangsforderung über rund 8,5 Mrd Euro standen damit noch rund 1,1 Mrd Euro aus. In den Jahren der Verwertung sind anrechenbare Zinsforderungen und Kosten in Höhe von insgesamt rund 0,8 Mrd Euro entstanden. Zusammen mit der Einnahmendifferenz von 1,1 Mrd Euro ergab sich eine Restforderung von rund 1,9 Mrd Euro, die die Bundesbank Anfang 2013 im deutschen Insolvenzverfahren der LBB angemeldet hat.

Die amerikanische Konzernmutter Lehman Brothers Holdings Inc. (LBHI) hatte die Verbindlichkeiten von LBB garantiert. Daher war die Bundesbank auch Gläubigerin im amerikanischen Insolvenzverfahren über das Vermögen der Konzernmutter. Im Laufe des Jahres 2013 zeichnete sich ab, dass die Quotenzahlungen aus beiden Insolvenzverfahren ausreichen würden, um die gesamte Restforderung zu decken. Aus dem amerikanischen Insolvenzverfahren der LBHI hat die Bundesbank rund 0,5 Mrd Euro erhalten, aus dem deutschen Insolvenzverfahren der LBB rund 1,4 Mrd Euro.

* * *

Deutsche Bundesbank | Zentrale | Kommunikation
Wilhelm-Epstein-Straße 14 | 60431 Frankfurt am Main
www.bundesbank.de | E-Mail: presse@bundesbank.de
Tel: 069 9566-3511 | Fax: 069 9566-3077

Bei publizistischer Verwertung wird um Angabe der Quelle gebeten.